

Wiedecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werthätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Der „Wiedecker Volksbote“ erscheint täglich abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Allee 85/87, und die Post zu beziehen.
Preis vierzehnöhrlich Mr. 1,60. Monatlich 55 Pf. Postabrechnungsliste Nr. 4089 a. 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergeschaltete Zeitung oder deren Raum 15 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen, für Arbeits- und Wohnungsgesuche 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pf. Interesse für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 8.

Dienstag, den 10. April 1894.

1. Jahrgang.

Die Lebensfähigkeit der Finanzreform Miquels.

F. p. Coprivi hat seinen großen Erfolg, — der in der Annahme des deutsch-russischen Handelsvertrages besteht — glücklich eingeholt. Er kann jetzt auf seinen Vorbereren aufdrucken und gelassen zurückkehren, wie sich sein Ministercollege Herr Miquel im Reichstage müthen und plagen wird. Leicht wird die Arbeit jedenfalls nicht sein, die Miquel im Plenum des Reichstages und hinter den Kulissen erwartet, aber so schlimm, so vollkommen aussichtslos, wie sie viele seiner Gegner vorzustellen belieben, sieht die Partie für ihn durchaus nicht.

Die „Freisinnige Zeitung“ thut zwar in der bekannten Triumphatenart Eugen Richters, als ob der tapfere Eugen bereits an der Spitze der gesammten Opposition einherstiefe und den parlamentarischen Sieg in der Tasche hätte. Es sei unbedingt nothwendig, dass Miquel sie zur Verhüllung aller Interessentenfreise diese Steuerprojekte scharf und schneidig ein für alle Mal abzuschütteln und zwar derart, daß Herrn Miquel damit das Wiederkommen gründlich verleidet wird.

Herrn Miquel das Wiederkommen verleiden! Wie kennt ihn der im Bramaxbasiren unübertreffliche Eugen doch so schlecht. Er sollte schon aus dem, was die offizielle Presse über Miquel's Ansichten und Absichten verlauten lässt, längst eines besseren belehrt sein. Wird doch darin sehr eingehend auseinandergesetzt, daß ein Aufgeben des Steuerreformplanes seitens der Reichsregierung einfach unmöglich sei. Die Finanzreform sei eben eine schlechthin unausweichliche Nothwendigkeit, und die vorgeschlagenen Mittel zur Durchführung derselben könnte die Regierung jetzt absolut nicht ohne Sang und Klug in den Papierkorb wandern lassen, wenn sie sich nicht mit eigner Hand aller Autorität berauben wolle, um so mehr, als ihre Minister und Commissarien die vorgeschlagenen Mittel zur Durchführung der Reform mit solchem Eifer als das unter den gegebenen Verhältnissen allein Mögliche verbtheidigt haben. Es hat überhaupt, wie man wohl mit vollkommener Sicherheit annehmen kann, niemals auch nur einen Augenblick lang ein Zweifel darüber geherrscht, ob Miquel seine sogenannte Reform aufgeben solle oder nicht, sondern es war einzig und allein fraglich, ob er für die laufende Session auf der Durchberathung der Steuervorlagen bestehen, oder ob dieselben in ihren Hauptbestandtheilen bis zur nächsten Session vertagt werden sollen.

Die Börsen- und Lotteriesteuer wird jedenfalls angenommen werden. Wie es im Uebrigen mit den Steuer-

plänen Miquels steht, ist keineswegs so leicht und mit völliger Sicherheit zu entscheiden.

Man braucht sich nur die Parteiverhältnisse im Reichstage zu vergegenwärtigen, um sofort einzusehen, daß Miquel selber das wäre, als was sich seiner Meinung nach jeder Konservative erwiesen hat, der für den deutsch-russischen Handelsvertrag gestimmt hat, nämlich ein Esel, falls er sein Spiel so leicht verspielen gäbe. Im Verdacht der Geistesbeschränktheit steht eben Herr Miquel bekanntlich keineswegs. Er wird also jedenfalls einem Augenblick vergessen haben, daß ihm im Reichstage auch für die allervolksfeindlichsten Steuerpläne eine stattliche Anzahl von Volksvertretern zur Verfligung steht. Von den 72 Konservativen kann er, zumal jetzt bei seiner dicken Freundschaft mit den Agrariern, ziemlich auf alle ohne Ausnahme rechnen, und von den 28 Freikonservativen, die sich den schönen Namen „Reichspartei“ beigelegt haben, sowie von seinen alten Parteigenossen, den 53 Nationalliberalen im Reichstage, kann er diesmal schon einen Liebesdienst erwarten, wenn er auch von den Lebendigen recht bedenklich nach rechts gerückt ist.

So sind denn die Kerntruppen, auf die er sich im Reichstage verlassen kann, nahe an die 150 Mann stark, während ihm als geschlossen und unter keinen Umständen zu gewinnende Opposition nur die 44 Sozialdemokraten, die 11 Volkspartei und die 24 von der freisinnigen Volkspartei, also im Ganzen 79 Mann, gegenüberstehen.

Zur Opposition wird diesmal allerdings noch mit aller Sicherheit und vorläufig auch mit gutem Grunde das Centrum gerechnet, welches über 96 Abgeordnete verfügt und somit die Neinarmee auf die stattliche Zahl von 175 Mann und im Verein mit dem kleinen Fühlein der freisinnigen Vereinigung sogar auf 188 Mann verstärken würde.

Aber auch damit ist die absolute Majorität im Reichstage noch nicht erreicht, auch wenn man annimmt, daß Fehlende und sich der Abstimmenden in gleicher Zahl vertheilt sein werden. Die Entscheidung steht also wieder in der Hand der kleinen und kleinsten Fraktionen, der 19 Polen, der 16 Antisemiten, der 8 Esässer, der 7 Welsen und der Handvoll sonst noch vorhandenen unsicheren Kantonisten.

Wer kann es nun dem auf seinen Finanzstern vertrauenden Minister verargen, wenn er sich in der Hoffnung wiegt, die Hälfte von den 56 Mann der kleinen Fraktionen sei gar nicht so schwer zu gewinnen — und dafür zu sorgen, daß vom Centrum ein paar Dutzend zu Hause bleiben und die allervornehmsten und ihrer Wahlkreise sichersten Mitglieder des Centrums ins Lager

der Regierung hinüberziehen, sei schließlich auch keine Hexerei. Within wäre es am Ende gar nicht so wunderbar, wenn sich Herr Miquel mit der fühligen Hoffnung trüge, seine Finanzreform unmittelbar nach dem Triumphe des Reichskanzlers, aller Begierde zum Trost, allem Grimm, der sich in der großen Mehrheit des preußischen Volkes wider seine Steuerpläne angestimmt hat, zum Hohn doch noch durchzusetzen.

Es tauchen sogar in konservativen und freikonservativen Preßorganen allerlei Zeichen auf, die darauf hindeuten scheinen, als sollte wirklich die diesmalige Reichstagsession mit einer derartigen Glanzleistung geschlossen werden. So wird dem Centrum z. B. angekündigt, daß die Bundesregierungen es demnächst auf einen entschiedenen Kampf gegen das Centrum ankommen lassen müssen. Mit dem Baumfahle wirkend wird hinzugefügt, man wolle es durchaus nicht zur Auflösung des Reichstages kommen lassen, es würde sich zunächst vielmehr darum handeln, mit allem Ernst klarzustellen, wenn die Verantwortung für einen Zustand unserer inneren Angelegenheiten zufällt, der von Jahr zu Jahr unerträglicher werden muß. Alsdaßt würde es sich erst zu zeigen haben, ob das Centrum sich dieser Verantwortung auf die Dauer gewachsen glaubt, und — so schreibt der betreffende offizielle Correspondent wörtlich weiter — wenn das tatsächlich der Fall sein sollte, so würde eine geschickte zu Werke gehende Reichspolitik den geeigneten Augenblick zu einem Erfolg verheißenden Appell an das Volk schon finden.

Das heißt, daß auch bei der Reichsfinanzreform für die riesige Mehrbelastung des Volkes, die Herr Miquel vorbereitet hat, ähnlich wie es bei der Militärvorlage geschah, mit äußerster Hochdruck gearbeitet werden soll.

Aber Herr Miquel ist nicht der Mann der Gewaltaktion; er, der im weichen Fauteuil des preußischen Finanzministers sitzt und mit den Händen im Milliardenkopf der Staats- und Reichseinnahmen wühlt, kann die Dinge an sich herantunnen lassen. Es ist zehn gegen eins zu wetten, daß die Finanzreform vertagt wird, aber nicht minder, daß sie im Herbst wiederkehrt. Inzwischen wird Herr Miquel sammt den Seinen 'in allen Ecken und Winkeln des Reiches wacker dafür gearbeitet haben und die einzige ehrliche und in alle Wege zuverlässige Opposition gegen jede weitere Erhöhung der Finanzbelastung des Volkes, die der Sozialdemokraten, wird in der nächsten Session dem Herrn Miquel gegenüber einen noch viel schwereren Stand haben, als je zuvor.

Aber der Sozialdemokratie wird auch diese Arbeit zum Besten dienen, immer weitere und weitere Volkskreise werden ihre Freunde von ihren Feinden untrüglich unterscheiden lernen.

Nach Sibirien verbannt.

Erzählung von Friedrich Thieme.

(1. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Verbotenen Schägen! unterbrach ihn nachdrücksvoll der Kaufmann.

Hier verboten —

Das ist gleichviel.

Aber wer weiß etwas von uns? Wir kommen ja nur hier zusammen?

Unsere Polizei wittert hinter jeder Theegesellschaft eine Verschwörung, das weißt Du fogut wie ich. — Ich traue dem Zar nicht! fügte er nach einer Pause leiser hinzu.

Viktor nickte zustimmend mit dem Kopfe.

Ich auch nicht, erwiderte er. Ich glaube, daß ihn ganz andere Beweggründe hierverführen, als die Liebe zu Dirhoff. Aber was könnte er uns anhaben? Wir sind keine Revolutionäre — nicht war, Sophia? Gewiß sind wir alle besetzt von heiligen, patriotischen Wünschen und ein freies glückliches Vaterland ist unter aller ersehntesten Ziel. Doch wir verschmähen jeden anderen Weg als den des Gesetzes und verabscheuen den Dolch des Mordens.

Der alte Herr schwieg — er war entwaffnet, und außerdem interessierte er sich selbst viel zu sehr für den „Bund“ um seinem Sohne, als zu ernstliche Vorhalte zu machen, aber gar ein direktes Verbot auszusprechen. Er hatte nur einen Gedanken Lust gemacht, wie schon mehrfach das war alles.

„Dort kommt Nathan Petrowitsch, rief jetzt Viktor, der an sein Fenster getreten war. Er scheint sehr zu aufgeregter Unterhaltung mit seinem Sohn.“

Der Kaufmann blickte auf die Straße.

Wir werden es erfahren, bemerkte er. Er kommt auf unser Haus zu.

Bitte, Sophia, zünde Licht an, wandte er sich sodann an das junge Mädchen, das träumerisch auf dem Stuhl am Piano saß und nur halb nach dem Gespräch der beiden Männer hinhörte. Ihre Gedanken beschäftigte die Botschaft, die Viktor ihr gebracht hatte. Sie sollte Felix Bolthofski wiedersehen, den so heiß Ersehnten, den so schmerzlich Vermissten — und so bald schon!

Unruhig und doch freudig zugleich schlug ihr Herz bei dem Gedanken an das nahe Wiedersehen.

Mechanisch erhob sie sich und gehorchte der Weisung des Vaters.

1. Kapitel.

Der Ausgewiesene.

Sophia hatte eben die auf dem Tisch stehende Lampe angezündet, als es an die Thür klopste.

Hierin! rief Vladimir Sidorski.

Die Thür ward hastig geöffnet. Ein Mann erschien auf der Schwelle, dessen gebogene Nase und schwarzes Haar in Verbindung mit den charakteristischen Zügen seines Gesichts auf den ersten Blick seine orientalische Abstammung verraten. Seine äußere Erscheinung war eine durchaus anständige, er war nach Art der wohlhabenderen Moskauer Kaufleute gekleidet, nur vermied er es offenbar, Schmuck oder Wertgegenstände zur Schau zu tragen. Auch seine Haltung musste eine würdige genannt werden, es war nichts Kriechendes, Gemeines in seinem Wesen, wie man es mitunter bei den ungebildeten Repräsentanten seiner Stasse in Russland findet. Nur sein Name strahlte jene innere Anostittheit zurück, die sich der meisten Sünden infolge der beständigen Verfolgungen,

denen sie unter der väterlichen Herrschaft Alexander III. ausgesetzt sind, bemächtigt hat.

Sind doch die Juden seit dem am 13. März 1881 erfolgten Tode des Zaren Alexander II. in Russland völlig rechtlos. Kaum hatte Alexander III. den Thron seines Vaters bestiegen, als auch schon die antisemitische Bewegung begann, anfangs freilich nur von der rohen Bevölkerung einzelner Distrikte ausgehend, welches um die Osterzeit des Jahres 1881 über die Israeliten im Süden und Westen Russlands herfiel, deren Häuser plünderte und zerstörte und die unglücklichen Menschen misshandelte und oft gar ermordete. Die Regierung gewährte den Verachteten nur nicht einen Schutz, sondern begünstigte und ernährte den Glaubenshof der satanischen Menge, ja sie nahm schließlich selbst die Verfolgung in die Hand und führte im Laufe der Zeit jenen barbarischen Szenen herbei, von denen wir in allen Zeitungen mit Abscheu gelesen haben und welche den entsetzlichen Judenverfolgungen im Mittelalter nicht das Geringste nachgeben.

Rathau Petrowitsch dessen Bekanntschaft wir eben gemacht war an sich ein ruhiger stiller Mann, mit dem jeder christliche Händler gern zu thun hatte. Dabei hatte er eine vorzügliche Erziehung genossen, war bewandert in allen Gegenständen, deren mindestens oberflächliche Kenntnis zur allgemeinen Bildung gehört; liebenswürdig in seinem Umgange und gefällig und aufrichtig gegen seine Freunde, liebte er auf das jüngste keine lange Frau, seine beiden Kinder und seinen alten Vater, den Patriarchen seines Hauses. Denk! Nathan Petrowitsch war noch jung, höchstens 35 Jahr alt, trotzdem hatte er es durch eisernen Fleiß bereit, zu einer gewissen Mühhabenheit gebracht, an deren Vermeidung er zwar erfolgreich, aber ohne Erfolg und Gewissensbisse arbeitete.

Nur das Geld, pflegte er zu sagen, schaffte dem

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die polnischen Wirtschaftsgebäude immer festere Gestalt an. Das neue dieser Art sind **Wollzoll**. In der Generalversammlung der polnischen Kongressischen Gesellschaft wurde auf Anregung des Herrn v. Westenholz ein Antrag angenommen, daß die freie wirtschaftliche Vereinfachung im Reichstage einen Antrag auf einen Wollzoll einbringen möge. Herr v. Westenholz verließ sich für seinen Antrag darauf, daß ihm vor Kurzem in Berlin von einer hohen und maßgebenden Stelle, die mit einem M. anfange, eine Ausmunterung in dieser Richtung zu Thell geworden sei (vermutlich Miquel). Die Schwierigkeit könnte somit im Wesentlichen als bestätigt gelten, wenn die wirtschaftliche freie Vereinfachung einen Antrag auf einen Wollzoll einbringe, werde ihm die Regierung keinen Widerstand entgegenstellen.

Die bairische Kammer hat über die Wahl der sozialdemokratischen Abgeordneten für Nürnberg entschieden. Es ist dabei nicht dem Vorschlage der Ausschusministerie gefolgt, sondern hat die Wahlen für gültig erklärt, wie die Mehrheit des Ausschusses beantragt hatte. Gegen die Gültigkeit stimmten nur die Klerikalen Döller, Orterer, Lerno, Schmidt und die Liberalen Wolff, Deinhardt und Conrad. Jedenfalls war der Beschluss das Gescheiteste, was die Kammer in der Sache thun konnte. Die Blamage wäre doch zu groß gewesen, wenn unsere Genossen — was unzweifelhaft war — zum zweiten Male als gewählt wiedergekehrt wären.

Denkmals-Fronie. Der Denkmal-Ausschuß für das Bismarck-Denkmal hat beschlossen, das Monument vor dem Westportal des neuen Reichstagsgebäudes in Berlin aufzustellen. Das ist nun freilich so, als würde ein Gemälde des kameruner Kanzlers Leist in dem Sitzungszimmer eines "Bereins zur Abschaffung der Prügelstrafe" aufgehängt. "Sie imponieren mir nicht", donnerte einst der "Säkularmensch" dem versammelten deutschen Reichstage zu, dessen Einfluß er auch sonst nach Möglichkeit niederzuhalten beßlissen war. Daß ihm dies zum Schaden des öffentlichen Lebens in Deutschland nur allzu leicht gemacht worden ist, hat der ehemalige Reichskanzler in einer seiner letzten Reden vom 1. April 1894 einsichtig genug zugegeben. Uebrigens empfehlen wir gesinnungslustigen Bismarckianern, welche trotz alledem nach einem Verteidigungsgrunde für die Aufstellung der Bismarckstatue vor dem Reichstagsgebäude suchen, die Erklärung, daß durch die Aufstellung das Verhältnis Bismarcks zum Parlamentarismus in sehr sinniger Weise symbolisch veranschaulicht wird: er wendet den Volksvertretern, um einen seiner "historischen" Aussprüche zu zitiren, "in der Stimmung gänzlicher Wurschtigkeit" seine geehrte Rückseite zu. Wer wird nun noch gegen die Wahl des Platzes schüchterne Einwendungen machen? fragt spöttisch die "Volkszeitung".

Die Sachsenküngerei hat in diesem Jahre früher als sonst ihren Anfang genommen. Die schlesischen Bahnen sind schon jetzt von jenen meist polnischen Arbeitern stark besetzt, die wegen geringem Arbeitsverdienst ihre Heimath verlassen und den Süden und Westen Deutschlands aussuchen, wo ihnen besserer Lohn für die landwirtschaftlichen Arbeiten gezahlt wird.

Der Kuhhandel ist fertig. Polen hat seinen Dank dafür weg, daß seine Volksvertreter seiner Zeit so wacker für Annahme der Militärvorlage gestimmt haben. Der Ministerialerlaß, betreffend die Wiedereinführung des polnischen Sprachunterrichts in den Volksschulen der Provinz Posen, datirt vom 16. März, beruht auf königlicher Ermächtigung und ist nunmehr in seinem Wortlaut veröffentlicht worden. An Stelle des unter dem 11. April 1891 nachgelassenen Privatunterrichts auf der

rußischen Juden noch etwas Sicherheit, deshalb heißt es Vermögen sammeln für uns, für die Zukunft unserer Familien zu sorgen. Daß sich der jüdische Kaufmann auch durch einen außerordentlich wohltätigen Sinn und wirtschaftlichen Patriotismus auszeichnete, wollen wir nicht vergessen, zu erwähnen — er hatte tapfer für Kaiser und Vaterland gekämpft im letzten türkischen Kriege und bei Plewna am 20. Juli 1877 eine gefährliche Wunde davongetragen.

Heute erkannte man Nathan Petrowitsch gar nicht wieder. Sein Aussehen war ein verstörtes, sein Benehmen ein aufgeregtes, sein Gesicht war bleich, in seinen schwarzen Augen funkelte eine ungewöhnliche Wildheit. Nicht wie sonst, wartete er ruhig und bescheiden an der Thür, bis man ihn näher treten und sich setzen ließ, vielmehr trat er sofort, ohne selbst den Hut abzunehmen, hastigen Schrittes in die Mitte des Gemachs, starre mit unsicheren wirren Blicken in leidenschaftliches Schluchzen aus, ein Ausbruch der Verzweiflung, der mit seiner sonstigen Resignation zu seltsam kontrastirte, als daß er nicht die Anwesenden in die größte Bestürzung hätte versetzen müssen.

Dem alten Sidorski blieb das freundliche "Guten Abend", womit er den Geschäftsfreund hatte begrüßen wollen, im Halse stecken. Er betrachtete denselben einige Augenblicke schweigend und voll Sorge, dann trat er dicht an ihn heran, erfaßte seine Hand und sagte im Tone liebwohlens:

"Petrowitsch, was haben Sie?"

Nathan Petrowitsch entfernte die Hand vom Gesicht und blickte den Kaufmann traurig an. Es war so viel Angst in diesem Blick ausgeprägt, daß Sidorski erschrocken zurücktrat und mit Bangen Erregung ausrief: "Um Gotteswillen, was ist Ihnen Mann, sprechen Sie, was ist Ihnen widerfahren?"

Mittelschule soll polnischer Lese- und Schreibunterricht zur Förderung des Religionsunterrichts für diejenigen Kinder polnischer Müttersprache, welche den schulplanmäßigen Religionsunterricht in der Mittel- oder der Oberstufe in der von ihnen sprachigen Volksschule in polnischer Sprache empfangen, facultativ eingestellt werden, und zwar in der Weise, daß daselbe eine bis zwei Stunden wöchentlich unter Verkürzung der Stundenzahl anderer Lehrgänge genötigt ist. Ausnahme des Religionsunterrichts verwendet werden und der Unterricht, sofern nicht zur Erreichung seines Zweckes schon ein langer Zeitraum genügt, nicht länger als zwei Jahre dauert. Also polnischer Religionsunterricht für die zu Kriegszwecken bewilligten Missionen. Die Tauschwaren sind einander widrig.

Wie ein kleiner Schulbyne, der etwas Unrechtes gethan hat und um Entschuldigung stottert, läßt sich das Blatt des Herrn von und wozu Hammerstein, die "Kreuz-Zeitung", über die Ablehnung der Mittel zum Elbe-Elbe-Kanal aus. Das Junkerblatt schreibt:

"In höchst thörichter Form greift die Mat.-Ab. vor" die konservative Partei an, weil sie gegen die Bewilligung von Mitteln zum Bau des Elbe-Elbe-Kanals gestimmt hat. Dieser Angriff spießt sich zu dem Vorwurf der "Schäbigkeit" zu, nur aus altem Laune ohne alle soziale Erwägungen hätten die konservativen sich ablehnen verhalten. Dem gegenüber müssen wir noch einmal kurz die Stellung der Konservativen begründen. Es liegt auf der Hand, daß in einer Welt wirtschaftlichen Niederganges, der für die Finanzlage Preußens noch dadurch verschärft wird, daß im Reiche eine Wirtschaftspolitik Platz gegriffen hat, die sehr bedeutende Einnahmen durch Abschaffung von Handelsverträgen preisgibt, schon an und für sich die entscheidende Sparsamkeit nach allen Seiten hin geboten. Dazu kommt, daß die Handelsverträge allein zu Gunsten des Handels und der Industrie unter offenkundiger Rücksichtnahme der Interessen der Handelswirtschaft abgeschlossen sind. Nun kann es doch serner nicht bestritten werden, daß der Bau des Elbe-Elbe-Kanals wohl bloß fast ausschließlich im Interesse des Handels liegt, ja möglicher Weise durch Erleichterung der Einfuhr russischen Getriebes auf dem See- und Kanalwege der mittel- und westdeutschen Landwirtschaft verhängnisvoll Konkurrenz machen kann. Da heißt es denn wahrlich zuviel von der Opferwilligkeit der Konservativen verlangen, daß sie unter solchen Umständen von neuem einseitig für die Hebung des ohnehin so bevorzugten Handels mehrere Millionen bewilligen sollen."

Weshalb Deutschland mehr Soldaten einstellen kann, zeigt folgende nach offiziösen Waschzetteln zusammengestellte Notiz:

"Die erhöhte Einstellung von Rekruten, die durch das Gesetz vom 3. August 1893 uthig wurde, hatte zur Folge, daß die Bestimmungen über die Diensttauglichkeit gemildert wurden. Die in der Anlage I der Heeresordnung aufgeführten Fehler und Mängel, die sogenannten "Schönheitsfehler", blieben für die Beurtheilung der Körperbeschaffenheit nicht mehr in dem bisherigen Grade maßgebend. Ebenso wurde das Mindestmaß auf 1,54 m herabgesetzt. Die Medizinalabteilung des Kriegsministeriums hat nun Erhebungen über die Diensttauglichkeit des Erstaktes wie in früheren Jahren angestellt. Nach dem vorläufigen Ergebniß der Erhebungen betrug dem "Ham. Corr." zufolge der Abgang an Diensttauglichen in diesem Jahre 18,86 für das Tausend. Die entsprechenden Zahlen für 1891 und 1892 sind 18,39 und 18,08 für das Tausend. Ebenso günstig lauten die Erhebungen in der bayerischen Armee. Danach hat sich der Abgang wegen Diensttauglichkeit zwar nicht bedeutend vermehrt, immerhin läßt sich aber ein Anwachsen der Zahl gegen früher bemerkern."

Italien.

Ein Opfer des Militarismus. Die unter dieser Stütze von uns erwähnte haarsträubende Affäre fängt an, immer interessanter zu werden. Wie die "Nazionale" in Florenz meldet, sind aus dem Seziraal von Padua Kopf und Leibnam des zu Tode gemäßigten Evangelista „auf mysteriöse Weise“ verschwunden. Wenn sich diese Nachricht bestätigen sollte, so wäre dies ein europäischer Skandal, schändlicher noch, als die Todtprügelung des armen Soldaten selbst. Im Uebrigen dürften die Aussagen, welche vor dem Deputierten Zabeo von Zeugen gemacht worden sind, auch trotz des Diebstahls an der Leiche hinreichend, den Thatbestand genügend klar zu legen, so daß die Schuldigen zur Strafe gezwungen werden können.

Auch Viktor und Sophia waren mitleidig herbeigekommen und besonders das junge Mädchen betrachtete in schmerzlicher Bewegung den schluchzenden Mann. Eines Weibes Weinen ist ergreifend, aber einen Mann Thränen der Verzweiflung vergießen zu sehen, ist peinlich, ist furchtbar.

"Fassen Sie sich", ermahnte Vladimir Sidorski und wiederholte dann nochmals seine Frage.

Der Jude raffte alle seine Kraft zusammen. Ein schwerer innerer Kampf spiegelte sich in seinen Augen wieder, endlich schien er sich etwas zu beruhigen und mit etwas mehr Haltung und Festigkeit, aber noch immer mit vor Schmerz und Erregung zitternder Stimme sprach er wenigen, aber den Freunden alles erklärenden Worte, welche in den letzten Jahren im Steche des Zaren so alltäglich, so häufig geworden sind:

"Ich bin ausgewiesen worden!"

"Ausgewiesen? Sie?" riefen die entsetzten Zuhörer wie aus einem Munde.

"Ich, ja ich," lagte der Jude, indem er plötzlich in ein höhnisches, schrilles Lachen ausbrach, das auf die anderen einen wahrhaft erschütternden Eindruck machte. "Ausgewiesen! Geächtet! In 24 Stunden muß ich Moskau, Russland, mein Vaterland — verlassen!"

"Das ist unerhört, das ist grausam!" rief Viktor mit blitzenden Augen.

"Ja, grausam!" wiederholte wehmüthig Petrowitsch. "Das Land, in dem ich geboren bin! Darin meine Eltern, meine Geschwister, meine Kinder geboren sind! Mein Vaterland! Denn es ist mein Vaterland so gut als des Zaren!"

Längeres Schweigen tritt ein. Man mußte dem aufgeregt Mann Zeit lassen, sich erst völlig zu beruhigen, man mußte sich erst selbst beruhigen. (Forts. folgt.)

Frankreich.

Die Suspendierung des Bürgermeisters von Carmaux, des Bergarbeiters Calvignac, durch die Regierung ist wieder aufgehoben. Genosse Calvignac ist wieder in sein Amt eingezogen, da sich die Grundlosigkeit der gegen ihn erhobenen Beschuldigungen herausgestellt hat. Der Gemeinderath von Carmaux hat als Protest gegen die Suspendierung Calvignacs seine Entlassung eingereicht und an die Wähler appelliert.

Belgien.

Freie Universität in Brüssel. Das Verhalten des Brüsseler Universitätskollegiums gegenüber Etienne Meclus und die widrigen Erscheinungen, welche hierbei zu Tage traten, haben eine Reihe radikaler Bürger bewogen, sich zu einem Komitee zusammen zu thun, um die Gründung einer freien höheren Universitätsanstalt in Brüssel in die Hand zu nehmen. Im Gegensatz zu dem Charakter der bestehenden Universitäten wird das neu zu errichtende Institut im Geiste einer höheren, freieren und zugleich edleren Lebensauffassung geleitet werden. Es soll bei dem Unterricht der einzelnen Disziplinen eine mehr ideale Behandlung maßgebend sein und werden die selben namentlich in Rücksicht auf die großen sozialen Pflichten und Erscheinungen unserer Zeit gelehrt werden. Man erstrebt in Wirklichkeit eine zoologische Hochschule. Die jungen Studirenden sollen nicht nur zu ihrem Berufe, sie sollen auch als Menschen und Charaktere herangebildet werden. An alle, die von gleichen Gedanken beeinflußt sind, richtet das Komitee seinen Aufruf zu thatkräftiger Unterstützung. Es ist bereits dafür gesorgt, daß im kommenden Oktober eine rechtswissenschaftliche und eine philosophisch-literarische Fakultät eröffnet werden kann.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 7. April 1894.

76. Sitzung.

1 Uhr.

Um Tische des Bundesrats: Graf Caprivi, Dr. v. Bötticher, Dr. Graf Posadowsky.

Das Haus tritt in die zweite Berathung der Novelle zum Reichstempelsteuergesetz.

Referent Gempp (MP) giebt einen Überblick über den Verlauf der Kommissionsverhandlungen und empfiehlt die Kommissionsbeschlüsse zur Annahme.

Zunächst wird der Tarif zur Diskussion gestellt.

Richter (FB): Die Bezeichnung des Hauses läßt grade nicht auf große Begeisterung für die Vorlage schließen. Wir haben unser Standpunkt in erster Sitzung schon klar dargelegt. Wir werden uns daher auf einige Positionen beschränken, bei denen wir Anträge einzubringen gedenken. Dabei gehen wir von unserem prinzipiellen Standpunkt aus, daß wir überhaupt keine neue Steuer einführen wollen. Bei dieser Position sind wir vor Allem gegen die verschiedene Behandlung inländischer und ausländischer Aktien, sowie gegen die davon zu befürchtende Beschränkung des Verkehrs und die Belästigungen, welche dem Verkehr durch die Kontrollmaßregeln erwachsen müssen.

Die Position 1 wird daran gegen die Stimmen der freisinnigen Volkspartei und der Sozialdemokraten angenommen. Ebensie die Positionen 2 und 3.

Zu Position 4a (Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte über Wertpapiere) beantragt

Müller (Z.), die Steuer im Betrage von 20 bzw. 40 Pf. je Ml. 1000 oder einen Bruchteil davon zu erheben.

Black (N.) erklärt, auch seine Freunde standen dem Antrage sympathisch gegenüber.

Fritz v. Stumm (MP) spricht sich gleichfalls zu Gunsten des Antrags Müller aus und bezeichnet denselben geradezu als eine Konsequenz der Kommissionsbeschlüsse.

Rintelen (Z.), auf der Tribüne fast unverständlich ist dem Antrag Müller nicht abgeneigt, plädiert aber für einen von ihm soeben handschriftlich eingebrachten Antrag.

Träger (FB) bittet, den Antrag Müller abzulehnen, da der selbe grade den Anklang der sichersten Papiere vertheuert. Deshalb habe ihn auch die Kommission abgelehnt.

Gescher (R.) bemerkt, die Vertheuerung könnte doch im ungünstigsten Falle nur 20 Pf. betragen.

Fritz v. Stumm (MP) hält gleichfalls die Bedenken des Träger nicht für gerechtfertigt.

Position 4 a wird daran angenommen. Ebenso der Antrag Müller und ein Antrag Rintelen (Z.) nach welchem Erleichterungen für kleine Leute beim Ankauf von Staats- und Kommunalpapieren ermöglicht werden sollen.

Zu Position 4 b sollen für Kauf- und Anschaffungsgeschäfte über Waaren $\frac{1}{10}$ pro Mille bzw. $\frac{2}{10}$ pro Mille Stempel entrichtet werden.

Fritz v. Stumm (FB) empfiehlt die Wiederherstellung der Regierungsvorlage, welche nur die börsenmäßig gehandelten Waaren steuerpflichtig machen sollte, für welche Termintreize notiert würden. Alle börsenmäßigen Kaufgeschäfte steuerpflichtig zu machen, sei eine ungerechtfertigte Erweiterung, die vor Allem den Handel der Seestädte schwer belaste.

Richter (FB) bittet gleichfalls, die Regierungsvorlage wiederherzustellen, da es in keiner Weise gerechtfertigt sei, die Bestimmung auf alle börsenmäßig gehandelten Waaren auszudehnen. Man treffe damit auch weniger die großen Börsen, als die der Provinzialstädte und der Seehandelsplätze, welche vornehmlich am Waarenhandel betheiligt seien.

Dr. Meyer-Halle (B.) befürchtet auch von der Annahme der Kommissionssatzung Gefahren für den Waarenverkehr.

Müller-Dortmund (N.) warnt gleichfalls vor der Annahme der Kommissionssatzung.

Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt, die Regierung sei einverstanden mit der Annahme der Kommissionssatzung; sollten dieselben aber abgelehnt werden, so bitte er, um nicht einen empfindlichen Ausfall zu verursachen, die Fassung der Regierungsvorlage wieder herzustellen.

Richter (FB) weist darauf hin, daß der Reichschafssekretär in früheren Sitzungen der Verhandlungen selbst erklärt habe, daß man nicht eine allgemeine Umsatzsteuer auf Waaren beabsichtige.

Staatssekretär Graf Posadowsky verwarf sich dagegen hier widersprechende Erklärungen abzugeben zu haben. Zur Zeit seiner ersten Erklärung habe der Kommissionssatzung eben noch nicht vorgelegen.

Lenzmann (FB) weist auf die Belästigungen hin, die gerade den kleineren Provinzialwaarenbörsen aus der Annahme dieser Position erwachsen müßten. Das Geschäft an der Kohlenbörse in Essen würde z. B. erheblich erschwert werden.

Werner (Reform) findet es begreiflich, daß die Börse der Börsesteuer sich namentlich gegen diese Bestimmung wenden. Der Terminhandel sei aber der verderblichste, der an der Börse getrieben werde.

Michter erwidert, der Vorredner scheine gar nicht begriffen zu haben, was es sich handle. Die angestrebte Beschlusssatzung der Kommission beschreibe sich ja gar nicht auf den Termin hin, sondern auf den mit Waren, die mit dem Vermögenshandel nichts zu tun hätten. Hörte der Vorredner das Wort "Börse", so klage er gleich um sich. (Abg. Werner: Wie Sie bei dem Worte "Börse") Am liebsten wäre ihm eine Feststellung, wonach jetzt, bei Börsengeschäfte betreibt, mit Buchhaus bestellt wird. Michter (W.) ist Leiter des Kommissionsantrages sel. Abgeordneter Mietz, der ja wiederholst unzureichende Anträge gebracht und sich teilswegs als bei Sachverständige erwiesen habe, für den ihn manche Mitglieder des Hauses und vielleicht er selber halten, verhältnis nach bezüglich des Waarenhandels. (Herkert.)

Werner (Reformp.) bemerkte, die Herren aus der Linken traten ja überall für die Interessen der Börse ein. Er stimme ihr die Kommissionssatzung.

Wchr. v. Stumm (W.) erklärte, er würde für die Kommissionssatzung stimmen, behalte sich aber vor, zu verauflassen, daß benannt bis zur dritten Lesung eine bessere Fassung gegeben werde.

Michter (W.) würde es für richtiger halten, in diesem Falle auf die Regierungsvorlage zurückzugehen und nicht eine Fassung zur Annahme zu verschaffen, die man nicht billige.

Position 4b wird darauf gegen die Stimmen der Sozialdemokratischen Fraktionen und der Mehrheit der Abgeordneten in der von der Kommission beantragten Fassung abgenommen.

Die Position 5 (Votteriesoos) hat die Kommission den vorangegangenen Steuerab von 8 p.C. auf 10 p.C. erhöht. Den Abgeordneten sollen gleichzeitig die Wettbewerbe bei öffentlich veranstalteten Pferderennen und ähnlichen öffentlichen Veranstaltungen.

Werner (Reformp.) bedauerte, daß das Spiel am Totalisator nicht höher gesteckt werden sei. Es hätte gern den in der Kommission vom Abgeordneten Stüger gestellten Antrag angenommen gesehen, hierfür einen Steuerab von 10 p.C. einzuführen. Es bedauerte ferner, daß noch immer unter dem Schutz des preußischen Adlers das Votteriespiel möglich sei.

Position 6 wird darauf in der Kommissionssatzung angenommen.

Damit ist der Tarif erledigt und das Haus wendet sich der Bezeichnung des Gesetzes zu. Art. I, Nr. 1 bis 9 werden ohne Diskussion angenommen.

Zu Nr. 10 (§ 88 des bisherigen Gesetzes) liegt ein Antrag des Abg. Dr. Schneider (F.W.) vor, laut dem eingesetzte Ge- nossenschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung von der ordentlichen Prüfung in Bezug auf die Abgabenentrichtung freigestellt werden sollen.

Dr. Schneiders (F.W.) wüßt zur Begründung des Antrages auf die erheblichen Verstüppungen hin, die den Genossenschaften und Gesellschaften aus der Kontrolle erwachsen würden. Die Wehr einer Steuerhinterziehung scheine ihm auch nicht vorzusehen. Reichsminister Graf Posadowsky bittet den Antrag abzulehnen. Es liege kein Grund vor, diese Genossenschaften und Gesellschaften anders zu behandeln, als Altlandgesellschaften. Es könnten doch von Genossenschaften recht erhebliche Geschäfte gemacht werden, die unter das Gesetz fallen.

Artikel IV (Feststellung des Tarifs) wird unverändert angenommen.

Art. V enthält Ausführungs- und Übergangsbestimmungen. Gieseler (R.) beantragt, den Termin für das Inkrafttreten des Gesetzes auf den 1. Mai 1894 festzusetzen. Noch lieber wäre es ihm gewesen, es könnte schon früher in Kraft treten.

Träger (F.W.) beantragt, den Termin des Inkrafttretens auf den 1. Juli festzusetzen. So wichtige Termine sollte man nicht auf spätmachende, unsichere Daten, wie den 1. Mai oder 1. Juni setzen, bei denen sich Niemand irgend etwas denkt (Oho! rechts), sondern auf einen für die Geschäftswelt wichtigen Termin.

Reichsminister Graf Posadowsky bittet, einen möglichst frühesten Inkraftsetzungstermin festzusetzen, da sich sonst leicht durch den entstehenden Missfall die Matrinsarbeitkräfte erhöhen könnten.

Wchr. v. Mantaußel (R.) spricht sich in gleichem Sinne aus. Der Reichstag habe durch Annahme des russischen Handelsvertrages die Einnahmen des Reiches so erheblich geschädigt (Widerspruch füllt), daß man jede weitere Beeinträchtigung unbedingt vermeiden müsse.

Der Antrag Träger wird abgelehnt, Art. V unverändert angenommen. Im Übrigen bleibt Art. V unverändert.

Schließlich liegen noch vor eine Resolution der Kommission:

"Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, zu veranlassen, daß von den Börsenaufsichtsorganen Fürsorge getroffen wird, daß beim Kommissionsgeschäft dem Kommissar keine höheren Stempelbeiträge in Rechnung gestellt werden, als vom Kommissariat selbst bezahlt worden sind."

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, auf Grund der Ergebnisse der Börsen-Enquete ein Börsen-Organisationsgesetz thunlichst bald vorzulegen."

Fhr. Heyl zu Herrnheim (R.) befürwortet die letztere Resolution. Die Missstände im Börsenwesen seien doch so erheblich, daß dringend Abhilfe nötig sei. Diese sei aber nur durch eine Reform der Börse zu bieten.

b. Starckhoff (W.) bittet gleichfalls um Annahme.

Staatssekretär Dr. v. Bötticher bemerkte, die Resolution v. Cuny bewege sich in derselben Richtung wie die Absichten der Reichsregierung. Zunächst sei das Material den Einzelregierungen unterbreitet worden und nach deren Rückführung werde zu erwägen sein, insbesondere administrativ vorgegangen werden solle. Wenn das Material zurückgelange, könne er nicht wissen, er hoffe aber, es werde zeitig genug geschehen, um dem Reichstag noch im Herbst ein Börsenorganisationsgesetz und die administrativen Maßnahmen einheitlich für alle deutschen Börsen vorlegen zu können.

Der Antrag Schneider wird abgelehnt, Art. 10 des Art. I wird unverändert angenommen.

Art. II der Regierungsvorlage behandelt die Steuer auf Quittungen, Checks und Frachtbriefe. Die Kommission beantragt Ablehnung desselben.

Reichsminister Graf Posadowsky erklärt, er wolle Angesichts der großen Majorität, mit welcher die Kommission diese Steuern abgelehnt habe, jetzt keinen Verlust machen, dieselben wiederherstellen. Er müsse aber betonen, daß die Regierungen durch die gegen die Steuern vorgebrachten Gründe keineswegs überzeugt seien. Vor Alem könne er nicht anerkennen, daß durch diese Steuern eine ungebührliche Belastung des Verkehrs verursacht werde. Der sich durch die Ablehnung ergebende Ausfall müsse jedenfalls jetzt oder später durch andere Steuern gedeckt werden.

Fhr. v. Mantaußel (R.) erklärt, seine Parteigenossen hätten zwar für die Vorlage gestimmt, aber nicht, weil sie dieselbe billigten, sondern um Protest einzulegen gegen die Art und Weise, wie die Vorlage in der Kommission behandelt worden sei.

Mietzen (C.) bemerkte, seine Freunde seien einmütig gegen die Steuern gewesen, die für deutsche Verhältnisse nun einmal nicht passen.

Singer (S.D.) erwidert dem Fhr. v. Mantaußel, er könne sich über die schlechte Behandlung der Vorlage nicht beklagen, denn diese hätte eigentlich nicht einmal das ehrenvolle Begräbnis in der Kommission verdient, sondern in erster Lesung a limine zurückgewiesen werden müssen.

Michter (F.W.) hält es für bezeichnend, daß die Konservativen es für nötig hielten, für ihr zustimmendes Votum zu diesen Steuern mildnernde Umstände anzuführen.

Die Quittungs-, Check- und Frachtbriefsteuer werden darauf einstimig abgelehnt.

Michter (F.W.) bedauert, daß diese Materie zur Erörterung gekommen sei, bevor es möglich sei, die Tragweite der Resolutionen und eines noch jetzt dazu gestellten Antrages zu übersehen.

Dr. Bachem (S.) beantragt in der Resolution Cuny einen Zusatz, nach welchem die Organisation auf eine Verlängerung des Terminhandels abstimmen sollte.

v. Cuny (W.) äußert darauf in seiner Resolution das Wort "Börsenorganisationselekt" in "Börsengesetz".

Dr. Börr (W.) betont, daß man wegen des Antrages sehr und doch anerkennen könne, daß sich Missstände an der Börse entstellt hätten. Gesetze seien doch nicht geeignet, die Moralität der Börse zu stärken. Die Pariser Börse schützt sich der besten Organisation, und doch hat gerade sie den grobartigen Panamawindel rütteln müssen.

Nicht erwidert dem Abg. v. Cuny, er habe die Börsen-Enquete sehr genau verfolgt, könne aber deshalb nicht sagen, was Nutzen in dieser allgemeinen Form stimmen.

Fhr. v. Stumm (W.) erklärt die baldige Durchführung der Börsenreform für notwendig.

Dr. Oehl (wildb.) meint, durch ein Börsen-Organisationsgesetz werde man zugleich dem Geschäftslieben einen großen Dienst erweisen.

W. v. Dreyer (W.) schlägt vor, wegen der vorgerückten Stunde die Resolution auf die Resolution v. Cuny zu beschließen, diejenige über die Resolution der Kommission aber bis zur dritten Lesung zu vertragen. Das Haus erklärt sich damit einverstanden.

Dr. Barth (W.) hält die Resolution nach den Erklärungen des Staatssekretärs v. Bötticher überflüssig, sie sei aber auch viel zu allgemein gehalten. Es sei schwer, ein Gesetz zu schaffen, das nur die läudische, nicht aber die nützliche Spekulation treffe.

Dr. Bachem (S.) sieht darin seinen Antrag zu Gunsten der mobilenen Resolution Cuny gerecht. Vor den Freitagen sei man es selber gewohnt, daß sie wirtschaftlichen Fragen gegenüber die Hände in den Schoß legen.

Graf Ranby (R.) hält ein Gesetz, das nur die schädliche Spekulation treffe, die nützliche aber schone, für sehr wohl möglich.

Damit schlägt die Diskussion. Die Abstimmung über die Resolution v. Cuny wird bis zur dritten Lesung ausgezögert.

Die zweite Lesung der Stempelsteuervorlage ist damit erledigt.

Nächste Sitzung: Montag, 1 Uhr. (Handelsvertrag mit Uruguay, Patentabkommen mit der Schweiz, Novelle zum Vieh- und Fischereigesetz, Gesetz, betr. Abzahlungsgeschäfte.)

Leben und Umgegend.

9. April.

Die Eidesleistung. Dem Bürgerausschuss wurde vom Senat ein Gesetzentwurf, betreffend die Eidesleistung, vorgelegt. Demselben war folgende Begründung beigegeben: „Das Gesetz über Eidesleistung vom 9. August 1862 war bestimmt, für alle hier sowohl gerichtlich als außergerichtlich abzuleistenden Eide eine gleichmäßige Form festzulegen.“

Seit dessen Erlass sind jedoch für die weit aus größte Zahl von Eidesleistungen, die gerichtlichen Eide, durch die Reichsgesetzgebung Änderungen herbeigeführt worden, welche sich teils auf eine andere Fassung der Eidesformel, teils auf das bei der Ableistung von Eiden zu beobachtende Verfahren beziehen. Erstere, welche in dem hiesigen Gesetze lautet: „Ich gelobe und schwör zu Gott“, ist in den Reichsgesetzen für die gerichtlichen Eide gefaßt: „Ich schwör zu Gott, dem Allmächtigen und Allwissenden“.

Während nach dem hiesigen Gesetze in der Regel der Eidesabnahme eine Verwarnung vor dem Meineide vorhergehen soll und das Verfahren bei der Beleidigung von Christen abweichend von demjenigen bei der Beleidigung von Israeliten festgestellt ist, haben die Reichsgesetze das gleiche Verfahren für alle Schwurpflichtigen und vor der Eidesleistung eine Hinweisung des Schwurpflichtigen auf die Bedeutung des Eides eingeführt.

Um nun die Ungleichheit des Verfahrens und der Formel für die Eidesleistung vor den Verwaltungsbehörden und vor den Gerichten für die Folge zu beseitigen, hat der Senat eine Revision des Eidesgesetzes vom 9. August 1862 für angezeigt erachtet und zwar in der Richtung, daß die Bestimmungen der Reichsgesetze auch bei den Eidesleistungen vor den Verwaltungsbehörden zur Anwendung kommen. Zu dem anliegenden Gesetzentwurf sind daher die reichsgesetzlichen Bestimmungen zumeist wörtlich aufgenommen. Insbesondere aber ist auch allgemein Mitgliedern solcher Religionsgesellschaften, bei denen eine gewisse Betheuerungsformel an Stelle des Eides tritt, die Ableistung des förmlichen Eides erlassen und statt dessen der Gebrauch jener Formel gestattet. Nur wenige Ausnahmen von der allgemeinen Eidesform hat der Senat im § 10 des Gesetzentwurfs noch beibehalten, zu solchen geglaubt, nämlich diejenigen Fälle, für welche in der Staatsverfassung und dem Gesetze vom 28. November 1870, das Lübeckische Staatsbürgerrrecht betreffend, sowie in dem Staatsvertrage mit der Großherzoglich Oldenburgischen Regierung vom 29./30. September 1878 wegen Errichtung eines gemeinschaftlichen Landgerichtes die Eidesformeln festgestellt sind, da es nützlich erscheint, lediglich um dieser Übereinstimmung willen eine Änderung der Verfassung und des Staatsvertrages herbeizuführen.“

Der Bürgerausschuss beschloß die Verweisung dieser Vorlage an eine dreigliedrige Kommission; in dieselbe wurden gewählt:

Hauptpastor Trümmer, Dr. Sommer, Dr. Schön.

(Erzähler: Franz Sartori)

Das Polizeiamt hat folgende Verordnung, die Ab- und Auffuhr von Dung betreffend, erlassen: In der Stadt darf Dung auf der Straße weder auf noch abgeladen werden. Nach vorher eingeholter Erlaubnis des Polizeiamtes kann dort, wo der Wagen in dem Hof oder Garten des Grundstücks nicht aufgestellt werden kann, Dung in der Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens fortgeschafft oder hingebracht werden. Mit Dung beladene Wagen oder sonstige Gefährte müssen so dicht bedekt sein, daß die Ladung nicht gesehen werden kann. Die Ladung muß ohne Aufenthalt nach ihrem Bestimmungsort gefahren werden. Ueberfahrtungen werden mit Geldstrafen bestraft.

Der freie Arbeitsvertrag. Der Arbeiter Johannes Peter von hier, welcher bei dem Bauunternehmer Frank in der Glacengießerstraße in Arbeit stand, bat den letzteren um die Erlaubnis, an der Beerdigung seiner in der Nähe von Rostock wohnenden Schwiegertochter teilnehmen zu können. Jener wurde denn nach zweimaligem Gespräch der Urlaub verweigert. Peter von hier führt nun ohne Erlaubnis und mache, um seinen Arbeitgeber

nicht in Verlegenheit zu leben, die Sache in einem Tage ab. Am nächsten Tag wiederum erschien er wieder zur Arbeit. Wiederum wurde er aus dem Dienst entlassen. Wie können wir verhindern, daß Arbeitnehmer seine Zeit zu geben, ihre Familienangehörigen zu regeln.

Elektrische Straßenbahn. Die Arbeiten an der elektrischen Straßenbahn werden jetzt wieder mit großem Eifer betrieben. Der Abschluß der Hochbahnlinie an die Hauptstraße ist bereits erfolgt. Die Abfahrt der ersten Linie soll auf dem Marienkirchhof stattfinden. Zu diesem Zweck laufen auf demselben die Schienen in einen sogenannten toten Arm aus. Zwei hölzerne Stangen wurden deshalb gesetzt, und die Gleishöhe einigermassen auf der Straßenseite weggetragen. Der Droschenhalteplatz soll auf demselben Stand, wo er bislang war, bleiben. Vor dem Marien- und Holstenstor sind bereits an den Straßenübergängen Sicherheitsleisten angebracht. Auf dem Gelände sind über die Befestigung des Daches grosse Eisenstangen aufgestellt. Auf der Asphaltstraße vor dem Rathause wird demnächst mit dem Legen der Schienen begonnen.

Frühling. Das herrliche Wetter hatte am gestrigen Tage zahlreiche Spaziergänger ins Freie gelockt. Vor allen Thoren bewegten sich Scharen von Menschen, überall in der Natur machte sich der Frühling schon recht bemerkbar, so waren auf dem Bodenhof und auf dem Wall gestern schon blühende Kirschbäume zu sehen.

Markthalle. Mit dem Abriss der Gebäude auf den zum Bau der Markthalle angelaufenen Grundstücken ist bereits begonnen worden. Gleichzeitig ist man mit dem Abriss des Boderhauses Beckergrube Nr. 19 beschäftigt.

Der Quartett-Verein "Antonietta" hielt am Sonntag den 8. April einen Gesellschafts-Abend zum Besten ihrer aktiven Mitglieder ab. Derselbe war sehr gut besucht und nahm einen ungestörten Verlauf. Um 7 Uhr begannen die Gesangs-Vorträge, worauf eine Stunde später der von den Damen so sehr gewünschte Tanz in seine Rechte trat, welche die Theilnehmer erst in später Stunden trennte.

Schwartau. Die Bänke im hiesigen Forste werden gegenwärtig frisch angestrichen. Der betreffende Maler hat jedoch vergessen, Warnungstafeln "Frisch gestrichen" anzubringen. Infolgedessen haben sich mehrere Personen ihre Kleidung arg beschmutzt. Im Interesse der Allgemeinheit könnten hier mit geringer Mühe andere Schutzmaßregeln getroffen werden. Wir hoffen, daß das Versäumte bald nachgeholt wird.

Flensburg. Soltau - Selbstmord. Im Schloßgraben von Gottorf ertrankte sich in der Nacht vom Sonntag auf Montag voriger Woche ein sich dort auf Posten befindender Soldat der 3. Kompanie des Regiments Monstein Nr. 84. Derselbe war von hier gebürtig. Ihm war es in der Feierabendzeit jedenfalls zu wohl.

Neueste Nachrichten.

Berlin. Die Steuerkommission des Reichstages tritt auf Antrag der Freisinnigen und Socialdemokraten heute Vormittag zusammen beuhft einer Wahl eines Vorsitzenden und Erörterung über geschäftliche Angelegenheiten.

Tilsit. Eine jüdische Gastwirksamkeit unweit der russischen Grenze wurde Nächts von Raubern überfallen und dabei Mann, Frau und Tochter erschossen. Ein neunjähriges Kind und eine alte Frau von 92 Jahren blieben beim Gemetzel verschont. Ersteres mußte das Geldversteck zeigen. Der Mörderbande fielen 1000 Rubel Papier und Silber in die Hände.

London. Dem Neuterschen Bureau wird aus New-York gemeldet: Die Streitenden im Kohlenbezirk von Pennsylvania haben eine große Menge Dynamit gestohlen. Man befürchtet neue Unruhen; es herrschte lebhafte Erregung.

Brüssel. In Chatelineau fand in der dortigen Kohlengrube, 587 Meter tief, eine Explosion schlagender Wetter statt. Die Grubenarbeiter retteten sich bis auf fünf, welche schwer, davon drei tödlich, verletzt wurden.

Angelomme und abgegangene Schiffe in Travemünde.

Angelomme:

Sonntag, den 8. April 1894.

6,20 u. B. Ebenezar, Ragmussen, von Flensburg in 1 Tag.
6,50 u. B. D. Holland, Pettersson, von Kopenhagen in 14 Std.
9,45 u. B. D. Emilie, Madion, von Mariehamn.

Montag, den 9. April 1894.

4,15 u. B. D. Rajade, Huller, von Kopenhagen in 12 Std.
5,5 u. B. D. Russland, Ahrens, von Riga in 60 Std.
6,50 u. B. D. Orpheus, Reise, von Königsberg in 37 Std.

Abgegangen:

Sonntag, den 8. April 1894.

6,20 u. B. D. Wineta, Biemer, nach Königsberg.
7 u. B. D. Elita, Bierhoff, nach Libau.

8,5 u. B. D. Stolzenfels, Ahngel, nach Danzig.

Geschäfts-Empfehlung.
Allen Freunden zur Nachricht, daß ich mich
mit dem heutigen Tage in der
29 Schillenstraße 29
etabliert habe. Richtungsvoll
J. Weissenfeldt,
Schuhmacher.
Empfahl gute

Speise-Kartoffeln

zum billigsten Preise, frei Haus.
Johs. Dräger jun.,
Krähnstraße 14.

Feine Eier-Kartoffeln,
Fah 40 Pf. nachweise billiger.

H. Wiedow,
Engelsgrube 34. Wakenitzstraße 5 c.
Pa. tägliche Pflanzen pr. Pf. 20 Pf.
sowie sämtliche Colonialwaaren empfiehlt
zu billigsten Preisen

W. Scharfenberg,
al. Kiesau 8.

E. Jürgen-Dampfbäckerei

F. Kägel,

Geminerstraße 24, Lübeck,
gibt Niederlagen gegen hohe Provision.

Schmalz, prima, à Pf. 60 Pf.,
ditto Braten = 48 :
Fett, ditto = 44 :
bei 4 Pf. à Pf. 4 Pf. billiger.
empfiehlt

B. H. Harms,
Bedergrube 56.

Pa. dicke Flohmen

empfiehlt
Hans Schlie,
Mühlenstraße 20.

Täglich frische

Bratwurst

empfiehlt
Hans Schlie,
Mühlenstraße 20.

Prima alten holl. und holstein. Käse,
ff. ger. Landmettwurst
bei **H. F. Kieckhusek,** Krähnstraße 12.

Oeffentl. Versteigerung.
Dienstag, d. 10. April, Nachm. 2½ Uhr
anfangend verkaufe

Bedergrube 71 im Auktionslokale
die für Montag, den 9. April angezeigten
Möbeln, Colonial- u. Manufakturwaren

u. s. w.
Adolf Goldschmidt,
Auktionator u. Taxator.

Gelegenheitskauf.

Eine große Partie

Knaben-Anzüge

in

Halbwolle, Zwirn u. Baderlin
von Mk. 1,50 an.

Herren-Anzüge

von 14 Mark an.

Ernst Schlaack,

Vorstadt St. Lorenz,
Moislinger Allee 6a.

Versammlungen.

Allg. Kranken- u. Sterbe-Käse
der Metall-Arbeiter.

Filiale Lübeck.

Mitgliederversammlung
am Montag, den 9. April, Abends 8½ Uhr
bei Leecke, Lederstraße 2.

Zeugvorführung:

Wahl der Delegierten zur Generalversammlung.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
General-
Versammlung

am 11. April, Abends 9½ Uhr.
L.O.: 1. Abrechnung. 2. Rechtes
3. Berichtes. Die Zentral-Verwaltung.

Blumenthal's Schuhwaaren-Fabrik

Lübeck, Kohlmarkt, Ecke Sandstrasse.

Fertige Schuhwaaren.

Sommer-Saison 1894.

Als besonders billig werden empfohlen:



Kinder-Pantoffel
30 Pf.

Kinder-Schnürschuhe
50 Pf.

Damen-Lastingschuhe Ia.

mit Zug Mk. 2,50, soild. Schleifen, Mk. 3,-

Schnur und Zug Mk. 3,50—4,50.



Damen-Lacktuchschuhe

elegant — 3 Mk.

Gemslederschuhe Mk. 2,50, sehr eleg.



Eleganter Herrenschuh Mk. 4,50.



Kinder-Lack-Ohrenschuhe
1,20 Mk.

Kinder-Knopfstiefel
1,70 Mk.

Damen-Rossleder-Schnürschuhe

Mk. 3,50, in eleg. Fäcoms Mk. 4,50—5,50.



Damen-Pantoffel
35 Pf.

Damen-Lasting-Schuhe
Mk. 2,50 an.



Herren-Rossleder-Zugstiefel 5 Mk.



Damen-Lederschuhe
Mk. 2,50 an.

Damen-Plüscheschuhe
Mk. 2,50 an.



Herren-Zugstiefel in vorzüglicher Qualität 6 Mk.



In eleganten, gediegenen Schuhwaaren

unterhalte riesige Auswahl von den ersten Fabrikanten des In- und Auslandes,

zu entsprechend billigen Preisen.

Ausschuss-Rahm-Käse, 40 Pfund

Engelsgrube 34. **H. Wiedow,** Wakenitzstraße 5 c.

Original-Singer-Nähmaschinen.

Höchste Arbeitsleistung!

Leichteste Handhabung!

Schönster Stich!

Größte Dauer!

find die Eigenschaften, denen die Original-Singer-Nähmaschinen ihre unvergleichlichen Erfolge verdanken.

Die neue Familien-Nähmaschine

der Singer Co., die hochmärrige Vibrating Shuttle-Maschine hat sich wieder wie alle bisherigen Erzeugnisse dieser Fabrik als ein glänzender Erfolg erwiesen, dieselbe ist mustergültig in der Konstruktion, leicht in der Handhabung und unübertrefflich in Leistungsfähigkeit.

Neben Eis Millionen Original-Singer-Maschinen für den Hausgebrauch, Weißnäherei, Damen-Confection und industrielle Zwecke jeder Art im Gebrauch.

In Chicago von allen Ausstellern die höchste Auszeichnung: 54 Preise.
Die Original-Singer-Nähmaschinen werden unter vollständiger Garantie und auch auf Theilzahlung ohne Erhöhung des Preises abgegeben.

G. Neidlinger, Sandstraße 20.

Lübeck.

• Illustrirter Katalog gratis und franko. •

Zu vermieten.

Die 1. Etage. Engelsgrube 75.

Zum 1. Juli eine Wohnung an ruhige Seite
Wakenitzmauer 8.

Zu verm. 1 Wohnung, entw. 2 Stübchen, Küche
und Keller. Sedanstraße 10.

Zum 1. Juli eine Part. Wohnung mit Laden
und hellem Keller, für jedes Geschäft passend, zu
vermieten. Näheres Stavenstraße 25, 1. Etg.

Zum 1. Juli eine abgeschlossene Etage entw.
4 Zimmer mit allem der Fein- entw. Zubehör
Preis 370 Pf.

Hansastr. 29 a.

Gef. zum 1. Juli eine 1. Wohnung im Preise
von 180—150 Pf. für 2 einzelne Leute, a. liebt.
v. d. Hütterthor. Zu erfr. Augustenstr. 11 II.

Verkäufe.

Fortzugschalber zu verkaufen. Eine Bude
Glockenicherstraße 77. Lübeck.

Zu verkaufen: Ein Paar Kronstauben.

Kohlhorststraße 40 a.

E. H. fehl. Haus, v. i. d. Ludwigstraße

ist billig zu verkaufen. Mäh. Ludwigstr. 10 1.

Umstände halber sofort: Ein kleines Haus
mit gutgebener Bierhandlung. Offerten unter
K 7 bef. d. Exped. b. Bl.

Stellen-Angebote.

Gesucht für auswärtig: Eine Amme.
Näheres bei Frau Rupp, Gebammie,
Alsterstraße 27.

Gesucht: Ein Jung- oder Großmädchen nach
Ahrensburg. Näheres bei
A. Heitmann, Langenstraße 4 a.

Gesucht zum 1. Mai: Ein Junge beim
Milchwagen. Zu melden bei
L. Weiss, Wilhelmshöhe.

Vermischtes.

Der Cursus. Übung d. Quadrille

beginnt mit dem 10. April und findet jeden
Dienstag und Sonnabend im Wiener Hof
Hundestraße 41 statt.

Teilnehmer werden eingeschrieben: Hundestraße
62 bei W. Gaußerader, sowie Hundestraße 41
beim Wirth Karus.

Reparatur

emailirter Töpfle.

E. Rupp, Alsterstraße 27.

Zum Leidensanleiden empfiehlt sich
D. Heitmann, Langenstraße 41 im 1. Stock.